



Newsletter von Dr. Sascha Raabe Ausgabe 28 / 2012

Sascha Raabe zur Kanzlerkandidatur von Peer Steinbrück

Mit Peer Steinbrück hat die SPD einen Kanzlerkandidaten, der über die Parteigrenzen hinweg für seine Kompetenz geschätzt und anerkannt wird. Als Finanzminister in der großen Koalition war er und nicht Kanzlerin Merkel der treibende Motor in der Regierung, der Deutschland erfolgreich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise geführt hat. Steinbrück steht für eine Bändigung des skrupellosen Finanzkapitalismus und für soziale Gerechtigkeit. Ich freue mich mit ihm gemeinsam in den Wahlkampf zu ziehen und bin mir sicher, dass am Ende der neue Kanzler Peer Steinbrück heißen wird.

Die SPD hatte am Ende mit Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier zwei hervorragende



Kandidaten mit gleich guten Chancen.

Ich habe hohen Respekt vor der persönlichen Entscheidung meines Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier, den ich sehr schätze, auf eine Kandidatur zu verzichten. Ich bin froh, dass damit die monatelangen Diskussionen um die K-Frage endlich ein Ende haben.



Dr. Sascha Raabe, MdB
Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Kontakt:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756

Rede von Sascha Raabe am 28.09.2012

Am Freitag hat Sascha Raabe eine Rede zum Thema E10 im Bundestag gehalten. Auf der Tagesordnung stand der Antrag der Fraktion DIE LINKE „Teller statt Tank— EU-Importverbot für Kraft- und



Brennstoffe aus Biomasse“. Die komplette Rede kann unter nachstehendem Link angesehen werden: <http://d bt g . t v / f v i d / 1 9 2 6 0 3 6>



Kinzigal Nachrichten vom 26.09.2012

Jetzt gibt es die längst überfällige Neonazi-Datei. Seit vergangenen Mittwoch bündeln insgesamt 36 deutsche Sicherheitsbehörden aus Bund und Ländern darin ihr Wissen über rechtsextreme Strukturen. Das heißt: Eine zentrale Datei erfasst Daten wie Name, Vorname, Deckname, Geburtstag und -ort, Adresse, Staatsangehörigkeit und Email-Adressen. Sämtliche Behörden vom Bundeskriminalamt über den Verfassungsschutz bis zum Militärischen Abschirmdienst können darauf zugreifen. So erhalten alle Stellen trotz des Trennungsgebots von Polizei und Geheimdiensten die gleichen Informationen.

Innenminister Hans-Peter Friedrich feiert die Datei als „Meilenstein“ zur Bekämpfung rechter Gewalt. Nach der grausamen NSU-Mordserie, die mehr und mehr fatale Ermittlungsfehler und Pannen der Behörden ans Licht beförderte, erscheint diese Selbstbeweihräucherung allerdings mehr als unangemessen – kam doch die Initiative für ein solches Register erst in Schwung als die grausamste Mordserie in der Geschichte der Bundesrepublik längst bekannt war.

Daraus resultieren berechnete Fragen: Würde es die Neonazi-Datei ansonsten heute überhaupt geben? Und kann ein Adressverzeichnis Morde verhindern? Die Antwort lautet: Sicher nicht. Es kann zweifelsfrei sehr dienlich sein, wenn Verbrechen aufgeklärt werden sollen. Verdächtige können schneller ermittelt, Informationsverluste besser vermieden werden. Das Register ist daher ein erster Schritt, der viel früher hätte gehen müssen. Von einem Meilenstein allerdings kann nicht die Rede sein.

Dafür braucht es mehr. Die Ver-

fassungsbehörden müssen grundlegend reformiert werden, um Ermittlungsfehler künftig zu vermeiden. Die SPD-Bundestagsfraktion präsentiert in einem Eckpunktepapier einen entsprechenden Vorschlag. Unter anderem soll der Einsatz von V-Leuten rechtlich geregelt werden. Die aktuelle Debatte um Berlins Innensenator Frank Henkel stellt ein anschauliches Beispiel dar: Er hat Informationen über den V-Mann Thomas S. bewusst nicht an den Untersuchungsausschuss des Bundestags weitergegeben. Henkel schiebt weiter mit der Bundesanwaltschaft den Schwarzen Peter hin und her. Längst wurde aus der Affäre ein Politikum. Da stellt sich die Frage nach dem gemeinsamen Willen, Rechtsextremismus aufzudecken und zu verfolgen.

Schließlich müssen sich Bürgerinnen und Bürger fragen, wie viel Vertrauen sie den Behörden entgegenbringen können, die die Aufgabe haben, unsere Gesellschaft vor rechtsextremem Gewalt und rechtem Gedankengut schützen sollen. Auch neben der NSU-Mordserie gibt zahlreiche Fälle, in denen Sicherheitsbehörden offensichtlich Tendenzen rechter Gewalt ignorierten. Das zeigt: In der Debatte geht es um weit mehr als effektivere Ermittlungsstrukturen einzuführen. Ein „fundamentaler Mentalitätswechsel“ bei den Sicherheitsbehörden muss einsetzen. Genau hier muss die schwarzgelbe Regierung ansetzen. Nachdem sie mir der Neonazi-Datei den ersten Schritt getan hat, müssen jetzt schnell weitere folgen, die die Struktur der deutschen Sicherheitsbehörden grundlegend reformieren – damit der „Meilenstein“ kein Tropfen auf dem heißen Stein bleibt.



Dr. Sascha Raabe, MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Bürgermeister a.D.

Kontakt:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik
11011 Berlin
Tel: (030) 227 - 73334
Fax: (030) 227 - 76376
Email: sascha.raabe@bundestag.de

Wahlkreisbüro

Am Freiheitsplatz 6
63450 Hanau
Tel: (06181) 24098
Fax: (06181) 259756

